U.I.O.G.D.

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung

ORA ET LABORA

Bete und Arbeite!

22 Jahrgang. No. 44 | Münster, Sask., Donnerstag, den 10. Dezember 1925 | Fortlaufende No. 1136

Welt-Rundschau.

Vereinbarung zwischen dem Süden und Norden Irlands.

Fast sieht es aus, als ob es in Irland zu einer Vereinbarung zwischen Süden und Norden kommen sollte. Das Problem ist ein außerordentlich schwieriges. Die Gegensätze sind dort größer als vielleicht irgendwo sonst in der Welt unter benachbarten Stämmen. Es handelt sich um Grenzzwistigkeiten. Der Süden Irlands ist fast ganz katholisch, der Norden ist die Heimat der Orange-Männer. Im Süden leben zweifellos die Nachkommen der alten irischen Bevölkerung, die in den auf die Reformation folgenden Jahrhunderten von England um ihres Glaubens willen Unsägliches gelitten haben. Im Norden leben zum großen Teil die Nachkommen von Schotten und Engländern, die seinerzeit nach Irland gebracht wurden, um den katholischen Glauben auszurotten, zum Teile auch die Nachkommen solcher Irländer, die den Glauben ihrer Väter abgeschworen haben, um ihr Leben und Eigentum von den Verfolgern zu retten oder ihre glaubenstreuen Verwandten beerben zu können. Die Eindringlinge und Abtrünnigen nahmen das Land in Besitz; diejenigen, die katholisch blieben, mußten das Land verlassen oder wurden versklavt. Haß gegen die katholische Kirche ist somit der geschichtliche Untergrund des Nordens, und dieser Haß ist dort bis auf den heutigen Tag einer der obersten Glaubenssätze geblieben.

Als sich die Irländer nach dem Kriege ihre Freiheit erkämpft hatten und England sich dazu bequemte, Irland als einen Freistaat nach dem Muster Canadas und der übrigen Dominien anzuerkennen, da bäumte sich der Norden auf gegen eine Vereinigung mit dem katholischen Süden zu einem Staate, wie er sich in den vorausgehenden Jahren gegen die Gewährung irgendwelcher Freiheit für Irland gewehrt hatte. Der Streit konnte nur dadurch beigelegt werden, daß der Süden für sich allein Freistaat wurde, während der Norden unter ausgedehnter Selbstverwaltung ein Teil Englands blieb.

Während England die Angelegenheit in dieser Weise zu regeln suchte, erhob sich jedoch der Streit wegen einiger Counties den Grenzen von Süden und Norden entlang. Der Süden behauptete, daß die Mehrzahl der Einwohner daselbst katholisch sei, der Norden bestritt es. Beide Teile machten Anspruch darauf. Seitdem hat der Streit nicht mehr geruht, und alle Versuche Englands, einen Ausgleich herbeizuführen, scheiterten an der Hartnäckigkeit beider Parteien. Die Zustände wurden immer unhaltbarer und man befürchtete von Zeit zu Zeit kriegerische Verwickelungen.

In jüngster Zeit nahm England abermals die Rolle eines Vermittlers auf, da beide Teile zu einem endlichen Einverständnisse kommen wollten. In den Zusammenkünften der Vertreter der britischen Regierung mit Cosgrave, dem Präsidenten des südlichen Freistaates, und Craig, dem Premier von Ulster, scheint ein solches erzielt worden zu sein. Ulster soll die fraglichen Counties behalten, der Freistaat jedoch von einer teilweisen Bezahlung der Schuld des Vereinigten Königreiches befreit werden. Hoffentlich wird das endlich zum Frieden führen.

Fiasko Amerikas im Schiedsgericht zwischen Chile und Peru.

Es war für General Pershing eine unglückselige Stunde, als Präsident Coolidge ihm das Schiedsrichteramt zwischen Chile und Peru in Südamerika antrug, eine noch unglückseligere, als er es annahm. Der General hatte sich im Kriege billige Lorbeeren geholt und dabei den verderblichen Irrtum begangen, dieselben seiner eigenen Tüchtigkeit zuzuschreiben. Diesen Irrtum teilte ohne Zweifel Coolidge mit ihm. Einen noch schlimmeren Irrtum begingen beide, als sie von der vermeintlichen militärischen Tüchtigkeit den falschen Schluß zogen, daß Pershing auch auf anderen Gebieten Tüchtiges leisten könne.

Waldes Mendeville, der chilenische Gesandte in der Schweiz, hat soeben in einem Memorandum die Streitfrage Sir Eric Drummond, dem Generalsekretär des Völkerbundes, vorgelegt. Damit ist die Entscheidung dem Völkerbunde überwiesen und Amerika ausgeschaltet. In dem Memorandum heißt es, General Pershing habe sich durch die Berichte der von ihm ernannten Sachverständigen irregeführt, eine falsche Ansicht über die Streitfrage gebildet; er sei auch durch die amerikanischen Mitglieder der Kommission beeinflußt worden, welche die spanische Sprache nur unvollkommen verständen und nicht mit den Verhältnissen in Südamerika vertraut wären. Außerdem wird dem General eine Verschleppungstaktik vorgeworfen: die Kommission sei jetzt vier Monate in Arica in Sitzung. Chile habe alle Forderungen Pershings erfüllt, darunter auch Sicherung der Unparteilichkeit bei einer Volksabstimmung und Zurückziehung der Truppen. Aber statt eine Volksabstimmung anzuberaumen und Wahlvorschriften auf die Tagesordnung zu setzen, habe er nur immer neue Sitzungen abgehalten und durch Hinausschiebung der Volksabstimmung Peru in die Hände gespielt. Auf diese Weise könne das Ziel des Präsidenten Coolidge, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Chile und Peru wiederherzustellen, niemals erreicht werden.

Damit ist jedenfalls Pershing als Schiedsrichter von Südamerika irritiert und das Beste, das seine Freunde raten können, ist, nach Hause zu gehen und sich ganz ins Privatleben zurückzuziehen. Damit er nicht ganz vergesse, ein wie großer Mann er ist, mag er sich ja bei großen patriotischen Kundgebungen, besonders bei der [illegible] Versammlung der Unterzeichner, als den größten Feldherrn des Jahrhunderts feiern lassen. Der heutige Präsident Hindenburg wird um das nicht [illegible].

Der Streit zwischen Chile und Peru, der schon seit Jahrzehnten besteht, dreht sich um die zwei reichen Provinzen Arica und Tacna. Das Recht scheint eher auf seiten Perus zu sein, aber Chile ist im Besitze derselben. Voraussichtlich wird kein Schiedsgericht, auch das des Völkerbundes nicht, Chile dazu bewegen, sie in friedlicher Weise abzutreten. Hätte Coolidge die südamerikanischen Verhältnisse besser gekannt, so hätte er sich gewiß auf dieses Geschäft nicht eingelassen. Gegenwärtig sind zwei amerikanische Kriegsschiffe im Hafen von Arica. Was die sollen da wollen, ist schwer zu sehen. Deren Gegenwart wird die Lage nicht verbessern.

Ein Pole über Polen.

Frankreich ist nicht das einzige Land, das dem finanziellen Abgrund zueilt, es hat auch seine östlichen Bundesgenossen dazu verleitet, sich in diesen Abgrund zu stürzen. Die folgenden Worte des Abgeordneten Witos, der früher polnischer Ministerpräsident war, mögen vielleicht etwas pessimistisch sein, doch ist seine Ansicht nicht aus der Luft gegriffen. Er schreibt:

„Der Staat und das Volk eilen mit Riesenschritten dem Abgrund zu, ein jeder fühlt es heute. Der Verkauf oder die Verpfändung oder die Verpachtung der letzten Werte im Staate, um sie im Laufe weniger Monate zu verbrauchen, ist die Wirtschaft des Bankerotteurs, dem das Morgen gleichgültig ist. Es ist unwiderleg bar wahr, daß unser Staat mehr ausgibt, als er hat, als er ausgeben kann und als er ausgeben darf. Es ist wahr, daß die Verschleuderung der öffentlichen Gelder und häufig auch der pure Diebstahl bereits alle Grenzen überschritten haben. Wer die Schuld an der partischen Industrieren will, der suche wenigstens das Budget des Finanzministeriums an. Es ist wahr, daß die neuerliche Besetzung [illegible] den Gipfelpunkt erklommen hat. Arbeitsmöglichkeiten vernichtet, und so sind die Steuerquellen für die Zukunft geschwächt sind. Und angesichts dessen mein das Budget, dessen Realität die Regierung garantiert, Fehlbeträge von hunderte Millionen auf, und der schwankende Zloty (die polnische Währung) wird durch ungeheure Opfer des Staatsschatzes gestützt. Es ist weiter wahr, daß die Steuern nicht mehr erhöhen lassen, und man befürchtet werden, daß ein bedeutender Teil der ausgeschriebenen Steuern nicht mehr erzielt werden wird. Man muß aufhören, den armen Herrn zu spielen, man muß aufhören zu borgen und zu vergeuden, und man muß rücksichtslos [illegible] sein."

Kleinere Nachrichten.

Der Prozeß der [illegible] Mörder aus der Mörder [illegible] begann wirklich am 30. November [illegible] gar nicht [illegible] vorwärts [illegible]

[illegible]

[illegible] Tempel [illegible] Sozialisten und der Demokraten [illegible] Tempel [illegible] Regierung [illegible] Verfassung [illegible] sein.

[illegible] Mahnung zu geben, sagt ein [illegible] Sprichwort. Nun aus [illegible] Grundsätze [illegible] Schlüsse zu ziehen [illegible] Jahres und der Tiefe [illegible]

[illegible] Gerichtshofes [illegible] Prozeß [illegible] Gerichtsgebäude [illegible] Prozessen [illegible] Prozeß [illegible] Gerichtshofes [illegible] Gerichtsgebäude [illegible] Prozessen [illegible] Prozeß [illegible] Gerichtshofes [illegible] Gerichtsgebäude [illegible] Prozessen [illegible]

[illegible] Gerichtshofes [illegible] Prozeß